



**Geschäftsführung  
Rechnungsprüfungsausschuss**

Frau Rothe

Telefon: (0221) 221 22928

Fax: (0221) 221 25501

E-Mail: [sabrina.rothe@stadt-koeln.de](mailto:sabrina.rothe@stadt-koeln.de)

Datum: 04.07.2019

**Niederschrift**

über die **Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 18.06.2019, 17:03 Uhr bis 18:35 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

**Anwesend waren:**

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Jörg Detjen	DIE LINKE	
Frau Monika Möller	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Herr Jürgen Kircher	SPD	Vertretung für Herrn Kaske
Frau Erika Oedingen	SPD	
Herr Martin Erkelenz	CDU	
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU	Vertretung für Frau Dresler-Graf
Frau Claudia Heithorst	CDU	
Herr Stephan Pohl	CDU	
Frau Luisa Schwab	GRÜNE	
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE	
Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE	
Herr Volker Görzel	FDP	

**Beratende Mitglieder**

Herr Wilhelm Geraedts AfD

**Rechnungsprüfungsamt**

Herr Hans-Jochen Hemsing

Herr Gustav Herrmann

Herr Christian Szymanski

Herr Klaus Heller

sowie verschiedene Prüferinnen und Prüfer

## Verwaltung

Herr Stadtdirektor Dr. Stephan Keller	Dez. I
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau	Dez. V
Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert	Dez. II
Dr. Matthias Albers	534
Herr Wolfgang Behrisch	26
Dr. Beate Bokhof	535
Herr Josef-Rainer Frantzen	21
Frau Dagmar Göring	370
Herr Manfred Hackl	42-1
Frau Nina Hartgenbusch	202-3
Frau Simone Hurniak	VII-4
Herr Prof. Dr. Dr. Alex Lechleuthner	374
Frau Dr. Monique Offelder	01-1
Herr Richard Reischl	II-1
Herr Manfred Ropertz	202
Herr Bernd Streitberger	46-Sanierung Bühnen Köln
Herr A Prof. Dr. med. Gerhard Wiesmüller	53

## Entschuldigt fehlen:

## Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Margret Dresler-Graf	CDU
Herr Sven Kaske	SPD

Vor Eröffnung der Sitzung begrüßt Herr Detjen alle Anwesenden. Es ergeben sich folgende Zusetzungen zur Tagesordnung:

- 6.4 Bestandserfassung in den Museen - Sachstand Mai 2019  
Rechnungsprüfungsausschuss 23.11.2017, TOP 6.2  
2012/2019
- 10.1 Aktualisierter Sachstand zu der finanziellen Ausstattung der Kommunen in  
Zusammenhang mit flüchtlingsbedingten Haushaltsbelastungen  
hier: Rückfragen aus vorherigen Sitzungen  
Rechnungsprüfungsausschuss 12.02.2019, TOP 15.7 u. 02.04.2019, TOP 6.2  
1838/2019
- 15.2 Gerichtliche Auseinandersetzung mit der Arge KAN, "Kulturzentrum am  
Neumarkt"  
Rechnungsprüfungsausschuss 18.09.2018, TOP 15.1  
1875/2019

- 15.3 Prüfung der Verfahrensabläufe im Bereich der Archäologischen  
Bodendenkmalpflege - Sachstand zum 31.05.2019  
Rechnungsprüfungsausschuss 02.04.2019, TOP 10.1  
1923/2019  
*Tischvorlage*

Der Rechnungsprüfungsausschuss ist mit den Zusetzungen zur Tagesordnung einverstanden.

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

#### 1 Gleichstellungsrelevante Themen

#### 2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Evaluation von ÖPP-Projekten - halbjährlicher Bericht  
Rechnungsprüfungsausschuss 04.12.2018, TOP 6.1  
1607/2019

2.2 Flächenbericht 2018 über Objekte im Sondervermögen der Gebäudewirtschaft  
der Stadt Köln  
Rechnungsprüfungsausschuss 02.04.2019, TOP 6.1  
Nachfrage von Frau Möller  
1671/2019

#### 3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

#### 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Organisation und Finanzierung der Sozialpsychiatrischen Zentren in Köln  
(AN/0645/2019)  
hier: gleichzeitig Sachstandsbericht zur gleichnamigen Prüfung bei  
53 - Gesundheitsamt  
Rechnungsprüfungsausschuss 26.06.2018, TOP 14.3  
1639/2019

4.2 Kostensteigerungen bei Großprojekten  
Rat der Stadt Köln 21.05.2019, TOP 4.1  
Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Die Linke (AN/0361/2019)  
1740/2019

#### 5 Beschlussvorlagen

5.1 Bedarfsfeststellung zur weiteren Sicherstellung des Luftrettungsdienstes mit  
dem Intensivtransporthubschrauber (ITH) Christoph Rheinland  
hier: Beschlussfassung zu Ziffer 2  
Rechnungsprüfungsausschuss 02.04.2019, TOP 5.2 Beschlussfassung zu  
Ziffer 1  
3110/2018

## **6 Mitteilungen**

- 6.1 Grundsteuerreform - Regelmäßige Berichterstattung für den Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss  
Rechnungsprüfungsausschuss 12.02.2019, TOP 8.2  
Anfrage von Herrn Detjen  
1635/2019
- 6.2 Rückstandssituation Gemeindesteuern  
Rechnungsprüfungsausschuss 12.02.2019, TOP 6.1  
1681/2019
- 6.3 Abwicklung von Nachträgen bei der Gebäudewirtschaft (-26-)  
hier: Sachstandsbericht  
Rechnungsprüfungsausschuss 12.02.2019, TOP 14.3  
1656/2019
- 6.4 Bestandserfassung in den Museen - Sachstand Mai 2019  
Rechnungsprüfungsausschuss 23.11.2017, TOP 6.2  
2012/2019

## **7 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse**

## **8 Anfragen**

- 8.1 Gebührenerhebung bei 236 - Marktverwaltung  
Nachfrage von Frau Möller

## **9 Berichte zur Kostenentwicklung der Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz**

- 9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz - Stand:  
31.03.2019  
1422/2019

Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz - Stand:  
30.04.2019  
1739/2019

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

Es liegen keine gleichstellungsrelevanten Themen vor.

### **2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

#### **2.1 Evaluation von ÖPP-Projekten - halbjährlicher Bericht Rechnungsprüfungsausschuss 04.12.2018, TOP 6.1 1607/2019**

Herr Detjen erkundigt sich, ob beim Schulstandort Ossendorf Mehrkosten für die Stadt Köln entstanden seien oder die in der Vorlage genannten Mehrkosten schon bei der Ausschreibung berücksichtigt wurden. Dies sei ihm nicht ganz klar, da bei ÖPP-Projekten oftmals Pauschalkosten vorliegen würden.

Herr Hemsing sagt zu diese Frage an die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zur entsprechenden Beantwortung weiterzuleiten.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

#### **2.2 Flächenbericht 2018 über Objekte im Sondervermögen der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln Rechnungsprüfungsausschuss 02.04.2019, TOP 6.1 Nachfrage von Frau Möller 1671/2019**

Frau Möller stellt fest, dass es ein Versuch war, den Flächenbericht in die Bezirke zur Beratung zu geben. Da aber nur zwei Rückmeldungen gekommen seien, würde sie für die Zukunft vorschlagen, wieder darauf zu verzichten die Bezirke zu beteiligen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

### **3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Es liegen keine Anträge vor.

#### **4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

##### **4.1 Organisation und Finanzierung der Sozialpsychiatrischen Zentren in Köln (AN/0645/2019) hier: gleichzeitig Sachstandsbericht zur gleichnamigen Prüfung bei 53 - Gesundheitsamt Rechnungsprüfungsausschuss 26.06.2018, TOP 14.3 1639/2019**

Herr Detjen kritisiert die Verwaltung dafür, dass es zu keiner Leistungsvereinbarung mit den Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ) gekommen sei. Er wisse aus seiner Zeit beim Landschaftsverband Rheinland (2004-2009), dass dort eine Leistungsvereinbarung vorgelegen habe. In Köln sei es bei den letzten beiden Haushaltsplanungen so gewesen, dass das SPZ Rodenkirchen kurzfristig angerufen habe, damit die Kosten noch kurzfristig in den Haushalt entsprechend aufgenommen werden. Dies sei ein Unding. Die Verwaltung müsse hier zeitnah eine Lösung finden. Dies sei kein Thema für die Politik, sondern für die Verwaltung.

Frau Möller kann sich da nur anschließen.

Herr Dr. Rau gibt Herrn Detjen Recht. Die Verwaltung sei seit längerem schuldig, ein Konzept für die Leistungsvereinbarung mit den SPZ zu erstellen. Frau Dr. Bunte habe dieses in ihrer Amtszeit nicht fertig gestellt. Dies solle nun nachgeholt werden. Es sei eines der Leitprojekte der Verwaltung. Der Projektplan sehe eine anfängliche Datenerhebung vor und darauf aufbauend die Erstellung eines Konzepts. Der Zeitplan hierfür erstrecke sich bis Herbst 2020. In der jetzigen Haushaltsplanung seien die Kosten jedoch wahrscheinlich nicht in der tatsächlichen Größenordnung berücksichtigt. Insofern nehme er den Appell mit, dass die Politik hier Änderungen wünsche.

Herr Detjen hebt hervor, dass es ihm vor allem darum gehe, dass es falsch sei, wenn in Köln Politik Verwaltung macht und Verwaltung Politik. Die Haushaltsplanung sei seiner Meinung nach Aufgabe der Verwaltung. Er appelliert, dass die Verwaltung die Finanzierung der SPZ in den laufenden Haushalt nimmt und wenn dies zu spät sei ggfs. in den Veränderungsnachweis 1.

Herr Erkelenz steht voll hinter diesem Appell. Er gibt zu dem ersten Punkt von Herrn Detjen zu bedenken, dass die Politik sich daran erinnern solle nicht immer Verwaltung zu machen.

Herr Detjen stimmt dem zu.

Frau Prof. Dr. Diemert stellt fest, dass es dem Rechnungsprüfungsausschuss an dieser Stelle frei stehe Wünsche zu formulieren. Es sei jedoch am Ende so, dass der Haushaltsplan von der Verwaltung aufgestellt würde und dann letztendlich vom Rat als Budgetgeber mit entsprechender Weichenstellung und Prioritätensetzung verabschiedet werde. Die Verwaltung könne hier unter Abwägung der unterschiedlichsten Interessen zwar Priorisierungen vornehmen und als Vorschlag in die Politik einbringen, jedoch sei die abschließende Bewertung und Priorisierung von der Politik vorzunehmen.

Herr Schwanitz möchte, bevor politische Aussagen festgezurrert würden, wissen, ob dies nicht eine Diskussion sei, die dem Finanzausschuss obliege.

Herr Dr. Keller wirft ein, dass dies eine Diskussion für den Gesundheitsausschuss sei.

Herr Detjen entgegnet, ihm sei bewusst, dass der Rat den Haushalt macht. Aber wenn die Verwaltung Projekte nicht fortsetzen bzw. streichen wolle, solle die Verwaltung dies auch mitteilen und nicht einen Zeitrahmen bis 2020 zur Entscheidungsfindung vorgeben. Er werte dies jedoch jetzt nicht negativ, da er sähe, dass die Verwaltung diese Projekte fortsetzen möchte.

Herr Dr. Keller möchte trotzdem nochmal darauf hinweisen, dass die Frage, wie an dieser Stelle fachpolitisch zu agieren sei, seiner Meinung nach in den Gesundheitsausschuss gehöre.

Herr Detjen stellt fest, dass dieser schon getagt habe. Der Rechnungsprüfungsausschuss sei sich fraktionsübergreifend einig. Der von ihm zum Protokoll gegebene Appell an die Verwaltung bleibe bestehen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

**4.2 Kostensteigerungen bei Großprojekten  
Rat der Stadt Köln 21.05.2019, TOP 4.1  
Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Die Linke (AN/0361/2019)  
1740/2019**

Die Beratung über diese Vorlage wird zurückgestellt, da der Rechnungsprüfungsausschuss die Anwesenheit von Herrn Greitemann hierfür wünscht.

**5 Beschlussvorlagen**

**5.1 Bedarfsfeststellung zur weiteren Sicherstellung des Luftrettungsdienstes mit dem Intensivtransporthubschrauber (ITH) Christoph Rheinland  
hier: Beschlussfassung zu Ziffer 2  
Rechnungsprüfungsausschuss 02.04.2019, TOP 5.2 Beschlussfassung  
zu Ziffer 1  
3110/2018**

Herr Dr. Unna bittet darum, den Tagesordnungspunkt nicht im Rechnungsprüfungsausschuss, sondern nur im Fachausschuss zu diskutieren und plädiert deshalb dafür, die Vorlage ohne Votum in den Gesundheitsausschuss zu leiten.

**Beschluss:**

Der Rechnungsprüfungsausschuss verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.



## **6 Mitteilungen**

### **6.1 Grundsteuerreform - Regelmäßige Berichterstattung für den Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss Rechnungsprüfungsausschuss 12.02.2019, TOP 8.2 Anfrage von Herrn Detjen 1635/2019**

Herr Detjen möchte gerne wissen, ob die Kämmerin aktuell etwas zu dem Thema sagen könne. Er sei entsetzt über den Kompromiss. Dadurch könne jedes Bundesland machen, was es möchte. Dies würde zu einer hohen Konkurrenz zwischen den Bundesländern führen, ggfls. würden sich Firmen z.B. eher in Bayern ansiedeln, wenn dort die Steuern niedriger sein werden.

Herr Erkelenz wirft ein, dass dies dort unterm Strich zu Mehreinnahmen führen würde.

Herr Detjen bekräftigt dies. Ihn wundere es, dass es zu diesem Kompromiss kommen konnte.

Frau Prof. Dr. Diemert antwortet gerne auf die Fragen, die die Stadt Köln und somit ihre Zuständigkeit betreffen würden. Die Stadt Köln sei an Recht und Gesetz gebunden und somit davon abhängig, dass eine zeitgerechte Reform der Grundsteuer komme. Es werde eine Verständigung zur Grundsteuerreform geben, die eine Sicherung der Grundsteuererträge i.H.v. 230 Mio. Euro für die Stadt Köln ermögliche. Weitere Informationen, als die der Presse entnommen werden könnten, lägen der Stadt Köln derzeit nicht vor. Auch keine Bewertung des Deutschen Städtetages.

Gemäß den derzeit vorliegenden Informationen werde es eine Öffnungsklausel geben. Inwieweit das Land Nordrhein-Westfalen davon Gebrauch machen werde, stehe derzeit noch nicht fest.

Herr Erkelenz stellt fest, dass die Aussage der Kämmerin wichtig sei, dass noch nicht alles zu 100% geregelt ist, aber man durch die Änderung des Bundes weiterhin die gleichen Einnahmen erzielen werde. Dies sei ein Punkt für den Rechnungsprüfungsausschuss. Er würde aber vorschlagen keine weitere politische Diskussion darüber zu führen, ob es dann zu Unterschieden in den Bundesländern komme. Dies sei ein Stück weit Subsidiaritätsprinzip.

Herr Detjen wirft ein, dies könne man so stehen lassen.

Herr Schwanitz stimme zwar seinen Vorrednern zu, dass die Diskussion zur Öffnungsklausel nicht in den Rechnungsprüfungsausschuss gehöre, aber auch Herrn Detjen in seiner inhaltlichen Wertung zu dem Thema.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

### **6.2 Rückstandssituation Gemeindesteuern Rechnungsprüfungsausschuss 12.02.2019, TOP 6.1 1681/2019**

Frau Möller möchte gerne erklärt bekommen, warum bei der Sollstellung der offenen Fälle zur Kulturförderabgabe kein Betrag aufgeführt sei. Es gebe 1188 Fälle, aber es wurden Null Euro in das Soll gestellt. Des Weiteren gibt sie zu bedenken, dass es bei der Zweitwohnungssteuer noch offene Fälle aus 2012 gebe. Sie fragt nach, ob hier die Verjährung drohe.

Frau Prof. Dr. Diemert weist darauf hin, dass es bei der Zweitwohnungssteuer auch in Zukunft nicht ausgeschlossen sei, dass es Veränderungen bei den offenen Fällen geben werde. Durch die Abgabe von Steuererklärung oder Eigenrecherche käme es immer wieder dazu, dass die Anzahl der offenen Fälle anstiege. D.h. auch wenn die Bearbeitung im Steueramt zügig voranschreite, sei es nicht ausgeschlossen, Altfälle zu entdecken, die die Fallzahlen für lange zurück liegende Jahre erhöhen. Nach ihrem Kenntnisstand drohe hier keine Verjährung.

Die Frage zur fehlenden Sollstellung bei der Kulturförderabgabe beziehe sich auf das erste bis vierte Quartal 2016. Dabei würde es sich nach ihrem Kenntnisstand um sehr strittige Fälle handeln, bei denen derzeit die Höhe der Sollstellung noch nicht beziffert werden könne. Die Ermittlung sei schwierig, aufwändig und stehe noch aus, bevor es zu einer abschließenden Sachverhaltsklärung kommen könne.

Herr Detjen gibt jedoch zu bedenken, dass er Frau Möller Recht gebe, dass es bei 1188 Fällen unwahrscheinlich ist, dass die Einnahmen Null Euro beträgt.

Herr Frantzen teilt mit, dass die 1188 Fälle sich in zwei Sorten teilen. Einmal seien es Fälle, bei denen recherchiert werden müsse, ob es sich überhaupt um steuerpflichtige Tatbestände handle. Personen haben sich zum Beispiel als Vermieter bei Onlineplattformen angemeldet, jedoch nach eigener Auskunft nie tatsächlich vermietet. Das müsse dann geprüft werden. Oft führe die Ermittlung dazu, dass der Fall eingestellt werden müsse.

Eine weitere Kategorie stellen die sogenannten Monteurhotels dar. Diese würden Zimmer an Monteure vermieten. Jeweils von Montag bis Freitag, so dass keine Kulturförderabgabe anfalle. Diese seien in der Veranlagung nach hinten gestellt, weil keine Sollstellung zu erwarten sei.

Dann gebe es außer den beiden Kategorien noch Fälle, bei denen sicher ist, dass eine Veranlagung erfolgt, bei denen aber keinerlei Hinweise vorlägen, wie hoch die sein könnte und eine Schätzung sowie ein rechtssicherer Bescheid könnten laut Rechtsprechung nur auf sehr fundierten Grundlagen erfolgen. Dies könne deshalb nur am Ende eines Jahres in die Veranlagung gebracht werden.

Herr Detjen wirft ein, dass dies sich tatsächlich nach Null Euro anhören würde. Er sei gespannt auf den nächsten Bericht.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

### **6.3 Abwicklung von Nachträgen bei der Gebäudewirtschaft (-26-) hier: Sachstandsbericht Rechnungsprüfungsausschuss 12.02.2019, TOP 14.3 1656/2019**

Herr Hemsing teilt mit, dass es sich hierbei um ein Thema handle, dass nicht nur die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln betreffe. Deshalb werde es eine Arbeitsgruppe geben, um ein stadtweites Verfahren, wie mit Nachträgen umzugehen ist, zu entwickeln. Die Gebäudewirtschaft werde natürlich daran teilnehmen.

Herr Detjen möchte wissen, bis wann dies zeitlich abgeschlossen sei.

Herr Dr. Keller geht davon aus, dass die erforderlichen organisatorischen Veränderungen für die Dezentralisierung der Nachtragsbearbeitung im Laufe des nächsten halben Jahres abgeschlossen seien. Die eigentliche Verantwortung für die Aufgabe für die Zukunft werde schon früher verlagert, für die Altfälle müssten differenziertere Lösungen gefunden werden. Dafür werde es die entsprechenden Workshops geben,

die Herr Hemsing angesprochen habe. Er gehe aber davon aus, dass der Gesamtprozess zum Ende des Jahres abgeschlossen sei. Er werde berichten.

Herr Detjen bittet dann um eine verständliche Mitteilung mit konkreter Problemstellung und konkreter Darstellung der Veränderung, damit der Rechnungsprüfungsausschuss sich in die Debatte einbringen kann.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **6.4 Bestandserfassung in den Museen - Sachstand Mai 2019 Rechnungsprüfungsausschuss 23.11.2017, TOP 6.2 2012/2019**

Herr Detjen stellt erfreut fest, dass die Bestandserfassung nun doch keine 33 Jahre dauern würde, sondern nach aktueller Schätzung 13 Jahre.

Herr Dr. Unna ist ebenfalls erfreut darüber, dass es Fortschritte gibt. Es gehe in die richtige Richtung. Er bedanke sich bei der Verwaltung.

Herr Detjen sieht dies genauso. Ihn würde interessieren, wie es zu dieser neuen Zeitspanne gekommen ist.

Frau Hurniak teilt mit, dass zum einen neue Mitarbeiter hinzugesetzt wurden und zum anderen die Aufgabe der Bestandserfassung durch die erlangte Erfahrung routinierter abgewickelt werde. Des Weiteren werde eine Vereinheitlichung des Bestandserfassungssystems für alle Häuser angestrebt, so dass es sukzessive zu einer Beschleunigung des Prozesses komme und ggfls. durch die weitere Zusetzung von Personal zu einer Verkürzung des Zeitraums.

Herr Detjen bedankt sich für die Ausführungen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

### **7 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse**

Es liegen keine Beratungsergebnisse vor.

### **8 Anfragen**

#### **8.1 Gebührenerhebung bei 236 - Marktverwaltung Nachfrage von Frau Möller**

Frau Möller möchte gerne wissen, ob die Gebühren von der Marktverwaltung, wie Ende 2015 zugesagt wurde, tatsächlich unbar eingezogen werden.

Des Weiteren fragt sie nach, in welchem Umfang Anträge auf einen festen Marktstand bei der Verwaltung eingehen, wie diese beschieden bzw. wie Ablehnungen begründet wurden.

Sie möchte hierzu gerne eine schriftliche Antwort für den Rechnungsprüfungsausschuss und den Wirtschaftsausschuss.

Herr Detjen bittet um Mitteilung für den nächsten Rechnungsprüfungsausschuss am 24.09.2019.

## **9 Berichte zur Kostenentwicklung der Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz**

### **9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz - Stand: 31.03.2019 1422/2019**

#### **Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz - Stand: 30.04.2019 1739/2019**

Herr Detjen teilt mit, dass kein Bericht für Mai 2019 vorliege, aber in den nächsten Tagen ein Bericht zur genauen Finanzierung erwartet würde.

Herr Streitberger berichtet, dass am Dienstag, den 25.06.2019, der Betriebsausschuss Bühnen informiert würde.

Es würde erstmalig ein Monatsbericht, Mai 2019, ausfallen. Dies sei damit zu begründen, dass seit Monaten an einer verbindlichen Terminplanung und einer verbindlichen Kostenberechnung sowie eine Risikobewertung gearbeitet würde, die für den Betriebsausschuss am Dienstag fertig sein müsse. Die Terminplanung würde bereits bestehen. Sie wurde gemeinsam mit den Planern erarbeitet und verabschiedet, so dass eine höhere Verbindlichkeit vorliegen würde bezüglich der Fristen sowie der Kosten und Risiken. Durch den Projektfortschritt seien die Risiken insgesamt weniger und kleiner geworden, aber dennoch noch vorhanden.

Zum Monatsbericht April 2019 sei hervorzuheben, dass 93 % der Firmengespräche geführt worden seien. Im weiteren Verlauf würde darüber nicht mehr berichtet, da es sich erledigt habe. Bei den restlichen 7 % sei keine strategische, wichtige Firma mehr dabei, somit würden durch die noch nicht durchgeführten Gespräche keine zusätzlichen Kosten oder Zeit für das gesamte Projekt anfallen, weshalb diese Gespräche nebenher laufen könnten.

Im September würde dem Unterausschuss Kulturbauten und dem Rechnungsprüfungsausschuss zu den Firmengesprächen ein Abschlussbericht vorgelegt. Er könne derzeit so viel dazu sagen, dass bei der Hälfte der Gespräche mit den Firmen eine Vereinbarung zur vorübergehenden Bauzeitunterbrechung getroffen wurde. Dabei wurden insgesamt 2000 Nachträge geregelt, somit alle Vertragsverpflichtungen geklärt und die für die Zukunft vereinbart. Mit einem Viertel der Firmen wurde schlussgerechnet und einem Viertel der Firmen wurde gekündigt bzw. haben gekündigt. Bei den Firmen, mit denen schlussgerechnet wurde, würde bei einem Fall von Mängeln die Gewährleistung in Kraft treten, deshalb müsse hier kein Vertragsverhältnis aufrecht gehalten werden. Sollte in diesen Gewerken noch weitere Arbeiten anfallen, müsse erneut ausgeschrieben werden. Wahrscheinlich würden dann höhere Kosten für die gleiche Leistung entstehen, jedoch sei es insgesamt preiswerter, da die Firma nicht über mehrere Jahre mit gezogen würde. Dies diene der Komplexitätsverminderung.

Die Markterkundung sei im März abgeschlossen worden. Es wurde dann entschieden eine zweite Runde der Markterkundung durchzuführen. Die zentrale Frage sei gewesen, ob der klassische Weg mit dem Planer weitergegangen werde oder ob diese Planungsleistung auf die bauausführenden Firmen übertragen werden solle. Die zweite Runde sei ebenfalls abgeschlossen. Eine Entscheidung dazu würde zeitnah getroffen.

Frau Möller fragt nach, ob der Bericht des Technikplaners fertig sei.

Herr Streitberger bejaht dies. Der Bericht sei fristgerecht zum 31.05.2019 eingegangen. Darin seien ca. 5000 Berichte und Pläne enthalten, auf deren Grundlage die Kosten- und Zeitplanung vorgenommen werden würde.

Herr Detjen bedankt sich für den Bericht und fasst zusammen, dass der angekündigte Finanzierungsbericht am 25.06.2019 in den Betriebsausschuss Bühren gehen und im Rechnungsprüfungsausschuss nach der Sommerpause darüber diskutiert werde.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

gez. Jörg Detjen  
Ausschussvorsitzender

gez. Sabrina Rothe  
Schriftführerin